

Kommission selbst korrupt?

Die Mitglieder der Untersuchungskommission von Staatsreichtümern (KPKPN) sollten selbst hinsichtlich ihres Vermögens befragt und die Ergebnisse anschließend offengelegt werden, so die Verantwortlichen für Aufbau und Zusammenstellung des KPKPN Jusrida E Tara und Hayie Muhammad. Ohne Kontrolle könnte die Kommission selbst zu einer korruptionsanfälligen Institution werden. In diesem Falle wäre durch mangelndes Vertrauen der Bevölkerung eine zunehmende Distanz der Indonesier gegenüber der neuen Kommission zu erwarten: »Wenn wir den Boden säubern, sollten wir einen sauberen Besen benutzen. Ohne einen sauberen Besen wäre eine Säuberung ein sinnloses Unterfangen«, so Hayie. »Wenn ein KPKPN-Mitglied angeblich Güter im Wert von 500 Millionen Rupien besitzt, zu Beginn seiner neuen Karriere aber plötzlich fünf Milliarden zu Tage treten, ist das eine fragwürdige Angelegenheit«, fügte Jusrida hinzu.

Der Parlamentsvorsitzende Akbar Tandjung war allerdings der Auffassung, diese Maßnahme sei nicht erforderlich, da jedes Mitglieder ohnehin einem Test unterzogen würde, aus dem auch die jeweiligen Vermögensverhältnisse hervorgingen. »Wenn KPKPN-Mitglieder ihren Wohlstand von sich aus angeben würden, wäre das in Ordnung. Aber dies sollte nicht so institutionalisiert werden, als ob öffentliche Darlegung ein Muss darstellte«, meinte Tandjung. Die 25 vom Präsidenten ernannten KPKPN-Mitglieder waren aus insgesamt 45 vom Parlament vorgeschlagenen Personen bestimmt worden. Der KPKPN-Generalsekretär Muin äußerte gegenüber der Presse, die Kommission plane bis auf weiteres nicht, das Eigentum der 25 Mitglieder offen zu legen. Man wolle die Entscheidung den Personen selbst überlassen und keinen Druck auf sie ausüben.

vgl. Kompas, 9.9.2000

Gus Dur, das neue Kabinett und die Rolle des Militärs

Dem Präsidenten, der das Kabinett Ende August umstrukturierte, wird vorgeworfen, nur Leute ernannt zu haben, die ihm möglichst treu ergeben sind. Die Loyalität der neuen Regierung gilt nun eindeutig ihm, da die Minister überwiegend nicht parteigebunden sind. Hinter der eher schwach wirkenden Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri, der Gus Dur die tagespolitischen Entscheidungen auf Druck des Parlaments hin überlassen hat, und dem halb blinden Präsidenten selbst, steht der Macher

Bambang Susilo Yudhoyono. Der als Koordinationsminister für Politik, Soziales und Sicherheit fungierende Ex-General übernimmt damit die Rolle des Ex-Armeechefs Wiranto. Drei weitere neu ernannte Minister stammen ebenfalls aus den Reihen des Militärs. Zusätzlich werden die Militärs auf Beschluss des Parlaments nun bis zum Jahre 2009 anstelle, wie ursprünglich geplant bis 2004, ihre nicht gewählte Vertretung im Volksvertretungsrat behalten.

vgl. SZ, 31.8.2000

Suharto-Prozess erneut verschoben

Der indonesische Ex-Präsident Suharto, der am 31.08. zum wiederholten Male vor Gericht geladen war, glänzte auch zu diesem Termin mit Abwesenheit. Sein Hauptverteidiger Felix Tambubolon überbrachte kurz vor Eröffnung der Verhandlung die Nachricht des 23-köpfigen Ärzteteams, dass Suharto wegen der Gefahr eines erneuten Schlaganfalls nicht erscheinen werde. Suharto steht unter dem schwerwiegenden Verdacht, bei Wohlfahrtsorganisationen, die ihm unterstanden, mehrere hundert Mio. US-Dollar veruntreut zu haben. Bei einer Verurteilung soll

Suharto laut Präsident Abdurrahman Wahid jedoch begnadigt werden, falls er dazu bereit sei, die Staatsgelder zurückzugeben. Zur Beginn des Prozesses reagierte die Öffentlichkeit wütend und enttäuscht auf die schlechte Nachricht, da sich mit jedem gescheiterten Versuch eines Verhörs die Wahrscheinlichkeit verringert, dass Suharto jemals zur Verantwortung gezogen wird. Vor dem Gerichtsgebäude fanden sich hunderte Demonstranten ein, deren Proteste aber friedlich verliefen.

vgl. Kompas, 1.9.2000

Anstieg der Heizölpreise

Die indonesische Regierung hat gemeinsam mit dem Parlament (DPR) beschlossen, die Heizölpreise voraussichtlich im Oktober 2000 anzuheben. Über das genaue Datum wird noch verhandelt. Nachdem im April Proteste zu einer Verzögerung dieses Plans geführt hatten, wird die Erhöhung also ein halbes Jahr später als beabsichtigt durchgesetzt. Laut Generaldirektor für Öl und Erdgas Rahmad Sudibyo werden die Preise um ca. 12 % angehoben: »Wie sehr die Erdölpreise steigen werden, ist momentan noch nicht hundertprozentig sicher. Aber die Regierung hält prinzipiell an ihrem Beschluss mit dem Parlament fest, die Preise, wie einige Monate vorher in Abmachung mit dem DPR geplant, um 12 %

zu erhöhen.« Purnomo, Minister für Energie und Rohstoffe, möchte den aus den Einnahmen entstehenden Gewinn von 800 Milliarden Rupien wieder dem Volk zuführen. Das Geld soll erstens in den Erziehungs- sowie Gesundheitssektor fließen und zweitens der Investition in klein- bzw. mittelständische Firmen dienen. Auf die Frage hin, ob die Preisanhebung zur Inflation beitragen könne, antwortet Purnomo: »Wir glauben, dass das BBM (das Heizöl) innerhalb der Industrie einen kleinen Anteil am Preis von Ölprodukten hat. Nach meiner Beobachtung haben multiplier effect- und politische Faktoren grösseren Anteil an inflationären Tendenzen.«

vgl. Kompas, 03.09.2000

nachrichten

Positive Gespräche mit IMF

Die Gespräche zwischen indonesischer Regierung und dem Internationalen Währungsfond IMF haben nach vorherigen Differenzen zwischen den beiden Parteien zu einer Entspannung der Beziehungen geführt. Der in Jakarta stationierte IMF-Vertreter Anoop Singh erklärte nach einem Gespräch mit dem Wirtschaftsminister Rizal Ramli, man sei sich prinzipiell über eine Fortsetzung der finanziellen Hilfe einig geworden. Seit Beginn des Jahres waren ca. 700 Millionen US-Dollar in die Kasse des mit 130 Milliarden verschuldeten indonesischen Staates geflossen, um ein umfangreiches politisches und vor allem wirtschaftliches Reformprogramm finanzieren zu können. Im Frühjahr hatte es bereits Missklänge zwischen IMF und der Regierung gegeben, als der IMF »chronische Erlahmungserscheinungen« des Reformeifers Indonesiens bemängelte. Kürzlich kam es erneut zu Spannungen, als Ramli den vom IMF vorgelegten 12-seitigen *Letter of Intent* nicht umgehend akzeptierte, sondern Änderungen an dem Papier wünschte. Ramli war der Ansicht, der *Letter of Intent* sei zu sehr von den Ideen des IMF geprägt und versuchte seine eigenen Vorstellungen durchzusetzen, auch um Statur zu zeigen. Der positive Verlauf der Gespräche führte umgehend zu einer vorläufigen Stabilisierung des Rupienkurses, der sich zwischen 8200 und 8300 Rp gegen den US-Dollar einpendelte.

vgl. Neue Zürcher Zeitung, 1.9.2000